

Versuch einer sozialistischen Bilanz

Autor(en): **H.R.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **24 (1944-1945)**

Heft 8

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335111>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Versuch einer sozialistischen Bilanz

Von H. R.

Am 25. August 1944 war die Befreiung von Paris vollendet. Fünf Monate später, fast auf den Tag genau, hat Maurice *Thorez*, der eben erst aus dem Moskauer Exil zurückgekehrte und gegenwärtig unbestrittene Führer der französischen Kommunisten, auf dem Zentralkongreß seiner Partei die Losung ausgegeben, die revolutionären Forderungen zurückzustellen und statt dessen alle Energien auf die Niederringung des äußeren Feindes zu konzentrieren. Das bedeutet den vorläufigen Abschluß der revolutionären Bewegung, die seit der Befreiung durch das Land ging. Gewiß wird der Wille zur sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung nach wie vor von der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) hochgehalten, programmatisch wie auch durch die Tat; für das gleiche Ziel treten mit ihr die wichtigsten Gruppen der Widerstandsbewegung ein. Des kommunistischen Bundesgenossen beraubt, sind aber diese Kräfte nicht mehr stark genug, die Erneuerung im sozialistischen Sinne durchzusetzen.

Ist dieser bewußt herbeigeführte Abschluß der revolutionären Bewegung wirklich nur ein vorläufiger, oder muß man ihn als endgültig, das heißt als einen Abschluß für absehbare Zeit betrachten? Es wird in anderem Zusammenhange versucht werden, auf diese Frage eine Antwort zu finden.

Als Sozialisten sind wir mehr als andere verpflichtet, uns von den Ergebnissen des fünfmonatigen Kampfes um ein Ziel, das auch das unsrige ist, Rechenschaft abzulegen, nicht nur, um uns über das Erreichte zu freuen, sondern um die Wege zu studieren, die zum Erfolg geführt haben, vor allem aber, um die Ursachen für das Nichterreichte zu erkennen und aus ihnen zu lernen. Um das Ergebnis unserer Rechenschaftsablegung vorwegzunehmen: es ist wenig Grund zur Freude! Wer die Dinge nüchtern und illusionslos betrachtet, muß einen fast völligen Mißerfolg feststellen.

Der sozialistisch geschulte Betrachter hat mit einer begrifflichen Trennung zu beginnen: von den Fortschritten strukturändernden Charakters, das heißt von solchen, die auf dem Wege zum sozialistischen Endziel, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel liegen, sind diejenigen Errungenschaften zu unterscheiden, die das privatkapitalistische Wirtschaftssystem unangetastet lassen und sich nur als Fortschritte im Rahmen dieses Systems darstellen. Dabei wären der ersten Gruppe diejenigen Verstaatlichungen hinzuzurechnen, die sich nicht auf Produktionsmittel beziehen, sondern wie zum Beispiel Versicherungswesen, Kreditwesen, Transportwesen, Wasserkräfte usw. öffentliche Dienste (*services publics*) im weiteren Sinne zum Gegenstand haben.

Schon die programmatischen Erklärungen der Parteien und Gruppen hatten erkennen lassen, daß allzu kühne oder gewaltsame Lösungen gesamtstruktureller Natur nicht angestrebt wurden. Die durchgehende Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der entsprechende Umbau des Wirtschaftssystems wurde nirgends gefordert. Ohne es auszusprechen,

setzten die programmatisch postulierten Reformen die Aufrechterhaltung der bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur voraus. In Übereinstimmung damit hatte die Sozialistische Partei in ihrem Manifest vom 12. November 1944 die Forderung nach *Sozialisierung der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen* an die Spitze gestellt, als welche aufgezählt wurden: Elektrowirtschaft, Rohstoffgewinnung, Schwerindustrie, Transportwesen, Versicherungen und vor allem das Kreditwesen (vgl. die inhaltlich übereinstimmenden Leitsätze zu Ziffern 4, 8 und 10 der «Neuen Schweiz»). Zurückhaltender, weil jeder konkreten Formulierung erman-gelnd, war das Manifest, das die «libération nationale», die größte und radikalste Gruppe innerhalb der französischen Widerstandsbewegung, präsentierte. Es begnügte sich mit der Aufstellung allgemeiner Grund-sätze, die unter dem Motto «Soziale Gerechtigkeit» das «Ausscheiden der internationalen Trusts und der Finanzmächte, die Ersetzung des Kapitalis-mus durch ein Produktion und Verteilung nach dem Bedarf regelndes Regime, Produktionssteigerung und rationelle Wirtschaftsplanung» ver-langten. Und was schließlich die Kommunistische Partei anbelangt, von der umstürzende Forderungen am ehesten zu erwarten waren, so hatte diese bislang jede programmatische Festlegung vermieden, um nunmehr bei der eingangs erwähnten Forderung der Vertagung der Revolution an-zukommen.

Die programmatischen Forderungen tragen also schon in sich das Zei-chen selbstaufgelegter Beschränkung. Was von ihnen verwirklicht werden konnte, erscheint unendlich mager und läßt sich in ganz wenige Sätze zusammenfassen: Anfänge einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel stellen dar einmal die Verstaatlichung der wichtigsten Kohlengruben des Landes (gelegen in den Departements Nord und Pas de Calais), wobei es noch zweifelhaft ist, ob die zu den verstaatlichten Gruben gehörigen Nebenbetriebe von der Verstaatlichung mit ergriffen werden, zum andern die Verstaatlichung der Automobilwerke Renault (bei Paris gelegen), eine Maßnahme, die nach allgemeiner Ansicht ihren Grund nicht in dem So-zialisierungswillen der Regierung hat, vielmehr sich als Strafmaßnahme wegen Zusammenarbeit mit dem Feinde darstellt; unter dem gleichen Gesichtspunkt dürfte die Verstaatlichung der Berliet-Automobilwerke in Lyon folgen. Eine Reform im Rahmen des gegenwärtigen Wirtschafts-systems ist die Einführung eines Gesetzes betreffend Schaffung von Be-triebsräten, das den Arbeitern ein je nach dem Gegenstand mehr oder weniger weitgehendes Mitspracherecht – *Mitentscheidung* in allen An-gelegenheiten der sozialen Fürsorge, *Mitberatung* (ohne das Recht, mit-zuentscheiden) in Fragen der Produktion und der Betriebsführung, Kon-trollrecht in bezug auf die Bilanzen – in ihren Betrieben sichert. Es darf nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß die zugunsten des Staates enteigneten Kohlengrubenbesitzer eine Entschädigung erhalten, die – zunächst allerdings nur für ein Jahr geregelt – als *volle Entschädi-gung* anzusprechen ist. Die regierungsseitig allgemeingültig verordneten Lohnerhöhungen um etwa 50 Prozent gehören keinesfalls in diesen Zu-sammenhang, sie sind alles andere als ein «revolutionärer Fortschritt»; um Preissteigerungen zu verhindern, die die Kaufkraft der ihr geleisteten

Kriegskontribution beeinträchtigt hätten, hatte die deutsche Besatzungsbehörde die Löhne zwangsweise auf einem Niveau gehalten, das kaum vor dem Verhungern schützte, so daß die auf dieses Ausgangsniveau gewährten Erhöhungen sich nur als mühseliges und unzureichendes Nachklettern des Reallohnes darstellen.

Das ist alles, was an «revolutionärer Erneuerung» im freien Frankreich zu verzeichnen ist: Sozialisierung eines bedeutenden Teils des Kohlenbergbaus vorläufig gegen volle Entschädigung; Verstaatlichung zweier Automobilwerke als Strafmaßnahme; Einführung eines Betriebsrätegesetzes, wie es mit ähnlichem Inhalt bereits in Großbritannien besteht, auch in der deutschen Weimarer Republik seit dem Jahre 1920 bestanden hat und gegenwärtig in der Schweiz unter der Bezeichnung «Betriebsgemeinschaft» von vielen Seiten befürwortet wird. Nichts von Nationalisierung des Bankwesens, obwohl diese früher sogar von der Regierung de Gaulles als Programmpunkt vertreten worden war; nichts von Verstaatlichung auf dem Gebiete der Energiewirtschaft, des Transport- oder Versicherungswesens; erst recht nichts von Aufhebung der schwerindustriellen oder chemischen Monopole. Wahrlich die Berge kreißten, und ein lächerliches Mäuslein ward geboren!

Warum dieses Fiasko? Allgemein wird als Begründung angegeben, daß die Befreiung Frankreichs nicht mit dem Kriegsende zusammenfiel. Die französische Wirtschaft mußte, und zwar sofort, damit beginnen, ihren Beitrag zu der Produktion von Kriegsmaterial für die Alliierten zu leisten; das verbot für den Augenblick grundlegende strukturelle Änderungen, insbesondere solche, die die Unternehmungen ihrer gewohnten Leitung beraubt hätten. Die Staatsfinanzen, die den deutschen Aderlaß über sich hatten ergehen lassen müssen, bedurften der Sanierung und darüber hinaus der laufenden Aufnahme flüssiger Gelder für die Kriegsfinanzierung; um insoweit keinerlei Risiken einzugehen, entschied sich die Regierung – wohlgemerkt gegen die Ansicht des Wirtschaftsministers – für die Anwendung der klassischen Methode der Konsolidierungsanleihe und der laufenden Begebung von Schatzscheinen; zu beidem war die Mitwirkung der in Frankreich übermächtigen Großbanken nicht zu entbehren. Ganz allgemein hat wohl die Fortdauer des Krieges jedes wirtschaftliche Experiment untunlich erscheinen lassen, ein Argument, das in den Augen der in ihrer Mehrheit bürgerlichen französischen Regierung besonderes Gewicht haben mußte. Nicht ausgeschlossen übrigens, daß de Gaulle mit dem ausdrücklichen Verzicht auf solche Experimente die lange hinausgezögerte Anerkennung seiner Regierung seitens Amerikas erkaufen mußte.

Dürfen diese Erklärungen, die sich ausschließlich in privatkapitalistischen Gedankengängen bewegen, einem Sozialisten genügen? Sind sie nicht unzureichend vor allem gegenüber der revolutionären Situation, in der sich Frankreich im Zeitpunkt seiner Befreiung zu befinden schien?

Für die Frage, ob eine Situation revolutionär ist oder nicht, ist uns vornehmlich das *subjektive* Moment entscheidend. Die *objektive* Lage, wie zum Beispiel Massenarbeitslosigkeit, Hungersnot infolge allgemeinen Fehlens von Nahrungsmitteln, Obdachlosigkeit großer Bevölkerungsteile (vgl. das gegenwärtige Deutschland) und Ähnliches, kann zwar weitgehend die

seelische Haltung (subjektives Moment) beeinflussen, aus der die Bereitschaft zu revolutionärem Handeln entspringt. Aber diese Haltung kann auch bei einer in wirtschaftlicher und sonstiger äußerlicher Beziehung normalen Massensituation entstehen, dann hat sie ihre Ursache in andern Gegebenheiten (zum Beispiel in einer nicht erträglichen Unterdrückung der persönlichen Freiheiten).

Wenn wir die allgemeine Lage, in der sich die französische Bevölkerung im Zeitpunkt der Befreiung befand, mit diesen Maßstäben messen, dann möchten wir die Behauptung wagen, daß von einer revolutionären Situation nicht gesprochen werden kann. Schon objektiv bestand sie nicht: Frankreich hat nicht nur eine zu fast 40 Prozent von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung, es ist auch ein großstadtarmes Land; darum gab es nur ganz wenige Gebiete, die sich infolge ihrer Abgelegenheit nicht einmal im Schwarzhandel versorgen konnten. Von Massenarbeitslosigkeit war keine Rede, trotz der völlig unzureichenden Löhne, welche die Verwandtschaft auf dem Lande, die jeder Franzose hat, durch Lebensmittelsendungen auszugleichen versuchte. Bombardierungsschäden waren nur in ganz geringem Umfange eingetreten. Die Abwesenheit der Kriegsgefangenen und nach Deutschland zur Arbeit Verschiedenen wurde mit Fatalismus als Kriegsfolge betrachtet; hier reichte die objektive Situation offenbar nicht aus, um subjektiv die revolutionäre Einstellung der Zurückgebliebenen zu erzeugen. Auch sonst sind keine Umstände erkennbar, die die subjektive Bereitschaft der Massen zur Revolution zu schaffen geeignet waren. Im Gegenteil, weite Schichten der Bevölkerung, über die Bauern hinaus, zogen aus den unleugbaren Schwierigkeiten der allgemeinen Lage übermäßigen und ungewohnten Gewinn.

Nicht einmal der Maquis, der überdies nur einen ganz geringen Prozentsatz der Bevölkerung umfaßte, bildet für uns eine Ausnahme. Keinesfalls sollen seine außerordentlichen heroischen Leistungen geschmälert werden. Aber er war zu einem sehr großen Teil nicht freiwillig entstanden. Die Widerstandsbewegung nahm erst dann die bekannte Ausdehnung an, als die Arbeitsverschickungen der Franzosen nach Deutschland und die Deportationen der in Frankreich lebenden Juden begannen. Um sich diesen zu entziehen, flüchteten sich die von ihnen Bedrohten, wurden von der Besetzungsmacht verfolgt und mußten sich gegen die Verfolger zur Wehr setzen. So war der Impuls der Widerstandsbewegung mehr Selbsterhaltungstrieb als Befreiungsdrang, und schon gar nicht war er revolutionärer Wille. Die innere Krise, die die französische Widerstandsbewegung unbestreitbar gegenwärtig durchmacht, geht auf diese Ursprünge zurück; die Bewegung hat ihren Zweck erfüllt und damit, eben weil sie keine revolutionäre Bewegung ist, für die Zukunft ihren Sinn verloren.

In dem Fehlen der revolutionären Situation liegt demnach für uns der Schlüssel zum Verständnis der nahezu völligen Erfolglosigkeit der französischen Erneuerungsbestrebungen. Diese Erklärung erscheint uns Sozialisten plausibler als der Hinweis auf die Kriegsnotwendigkeiten, der der bürgerlichen Regierung gestattetete, die sehr berechtigten Forderungen der französischen Arbeiterschaft fast restlos unbefriedigt zu lassen. Hat auch *Thorez* – und damit kommen wir auf die eingangs gestellte Frage

zurück — die Revolution deshalb abgeblasen, weil er die Überlegungen der Regierung teilte, oder sieht er nicht vielmehr die Erfolglosigkeit voraus, eben weil die revolutionäre Situation nicht da ist, die allein den Erfolg verspricht? Im letzteren Falle wäre die Vertagung, trotz der gegenteiligen Darstellung, die Thorez gegeben hat, nicht nur vorläufig, sondern endgültig; denn nach Kriegsende dürfte die Stimmung der Massen noch viel weniger auf Revolution gerichtet sein. Denkbar ist auch, daß die französischen Kommunisten, in Moskau geschult und instruiert, folgendermaßen überlegen: ein sozialistisches Staatswesen in Frankreich, in Westeuropa isoliert, kann sich nicht halten, wenn nicht auch Deutschland zum Sozialismus übergeht. Tritt aber dieser Fall ein, dann kann die Errichtung des sozialistischen Staates in Frankreich ohne viel Mühe und Gewalt erfolgen. Also gebietet die Vernunft, zunächst einmal abzuwarten, was aus Deutschland wird.

Europäischer Sozialismus

Wird der angelsächsische Kapitalismus nach dem Sieg über den Faschismus in Europa den Sozialismus in Europa verhindern können?

Nach der militärischen Vernichtung des Nationalsozialismus werden sich in Europa, vor allem in Frankreich, Deutschland und Italien, radikale Regierungen bilden, die sogleich die Sozialisierung, also die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorerst in den größten und technisch fortgeschrittensten Zweigen der Industrie, des Handels und der Finanz, in die Tat umsetzen werden. Dies werden die kapitalistischen Gegenkräfte der angelsächsischen Länder (USA. und England) trotz ihres heißen Bemühens nicht verhindern können. Denn folgende Umstände lassen in ihrem *Zusammenwirken* den siegreichen Marsch des *Sozialismus* in Europa nach diesem zweiten Weltkrieg als unaufhaltsam erscheinen:

1. Das *militärische Kräfteverhältnis* zwischen Sowjetrußland einerseits und den angelsächsischen Ländern andererseits:

Sowjetrußland, dessen Interesse an der Neugestaltung Europas von entscheidender Bedeutung ist, wird die größte militärische Macht in Europa darstellen. Es kann seine militärische Kraft *ungeteilt* dem europäischen Kontinente zuwenden. Die Angelsachsen dagegen werden die größten Anstrengungen machen müssen, um den Krieg gegen Japan zu einem siegreichen Ende zu führen. Dies wird noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen und es wäre ein grober Fehler, die Widerstandskraft der Japaner zu unterschätzen! Die Angelsachsen werden daher nur einen *beschränkten* Teil ihrer militärischen Kraft in Europa verwenden können. Wird aber auch Japan endlich einmal besiegt sein, dann wird auch die militärische Besetzung des großen japanischen Reiches erhebliche Kräfte binden. Falls die Angelsachsen in ihrer Europapolitik die Russen vor den Kopf stoßen, so müssen sie mit der Möglichkeit rechnen, daß ihre Anstrengungen im Fernen Osten durch russische Kriegslieferungen an Japan erschwert werden. Im besonderen ist noch bezüglich des eng-